

Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Eine besondere Verbindung

Die gemeinsame Herkunft aus der Arbeiterbewegung hat über Jahrzehnte hinweg das besondere Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften bestimmt. Diese einstmals enge Beziehung ist fragiler geworden. Maßgeblich dafür sind: Auseinanderdriftende Mitglieds- und Wählerschaften, eine zugespitzte Parteienkonkurrenz von mittlerweile vier Sozialstaatsparteien sowie ein hohes Maß an institutioneller Komplexität in den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Arenen. Hinzu kommen offensichtliche Prozesse der Enttraditionalisierung und Entprivilegierung, die sich besonders während der rot-grünen Regierungskoalition Ende der 1990er Jahre zugespitzt haben. Künftig ist weder ein „Zurück zu alten Zeiten“ noch eine endgültige Entkopplung und Gleichstellung der Beziehungen mit oder zu anderen Parteien bzw. Interessengruppen erwartbar.

WOLFGANG SCHROEDER

1 Einleitung

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand eine vergleichsweise enge Beziehung zwischen SPD und DGB-Gewerkschaften (die sich auf derselben Seite der Konfliktlinie Arbeit – Kapital befanden) sowie zwischen (katholischer) Kirche und den Unionsparteien (für die Spannungslinie Staat – Kirche). Dies war das Ergebnis der beiden strukturbildenden Konfliktlinien (*cleavages*), die das deutsche Parteiensystem maßgeblich prägten. In dieser Zeit waren die Gewerkschaften und Kirchen die beiden wichtigsten Referenz-, Vorfeld- und Kollateralorganisationen des deutschen Parteiensystems, womit sie den Parteienwettbewerb über viele Jahrzehnte strukturierten. Die lebensweltliche Manifestation dieser Konfliktstruktur spiegelte sich in einem facharbeiterlich gestützten Milieu, das über Generationen hinweg vergleichbare Sozialisationsmuster, gleichartige Lebens- und Alltagspraktiken und auf dieser Basis sogar vielfach die Vererbung von Mitgliedschaften sowie Parteibindungen („von der Wiege bis zur Bahre“) hervorbrachte (vgl. Lösche/Walter 1992).

Für das konkrete Verhältnis der DGB-Gewerkschaften zur SPD ist ihr Status als parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft, die Mitglieder und Wähler aller Parteien umfasst, von großer Bedeutung. Auch wenn Unabhängigkeit nicht als politische Neutralität definiert wird, wa-

ren direkte Voten zugunsten der SPD in historischer Perspektive eher selten (Bundestagswahlen 1953 und 1998) und wurden – wenn überhaupt – informell und personenbezogen praktiziert. Über lange Zeit wurde die Einheitsgewerkschaft als das Bündnis der ehemaligen christlichen und sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften verstanden, die 1933 durch die Nationalsozialisten aufgelöst worden waren. Die Rolle der Kommunisten – und anfangs auch die der Grünen – war umstritten. Nach der Deutschen Einheit haben sich die Verhältnisse zu den Grünen und schließlich auch zur Partei DIE LINKE normalisiert, wenngleich eine klare Dominanz gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre mit SPD-Parteibuch bestehen blieb. Umgekehrt sind für die SPD mit den Grünen und der Partei DIE LINKE neue Mitbewerber um dasselbe Wählersegment entstanden. Auch das hat die Versuche der DGB-Gewerkschaften, zugunsten der SPD offensiv in den Wahlkampf einzugreifen, erschwert und schließlich seit 1998 verunmöglicht. Dass die Gewerkschaften in der Bundesrepublik über einen besonderen Einfluss im politischen System verfügen und sie sich selbst nicht als partikuläre Interessenorganisation verstehen, ist – neben ihrer Inkorporierung durch die Tarifautonomie und die soziale Selbstverwaltung – nicht zuletzt auf die enge Verbindung mit der Sozialdemokratie zurückzuführen. Insofern kann angenommen werden, dass Veränderungen dieses Verhältnisses Auswirkungen haben, die zugleich weit über diese beiden Organisationen hinauswei-

sen.¹ Hintergrund ist die Einsicht, dass dieses besondere Verhältnis zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den DGB-Gewerkschaften für die politisch-kulturellen Allianzen in der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg stilbildend war.

Die besondere Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die in diesem Text aus einer historischen und politikwissenschaftlichen Perspektive analysiert wird, ergibt sich aufgrund der gemeinsamen Herkunft aus der Arbeiterbewegung. Mit deren gesellschaftlichem Bedeutungsverlust haben nicht nur die gemeinsamen Ankerpunkte – Herkunft, alltagsweltliche Verbundenheit und normative Grundlagen – an Relevanz verloren. Zugleich ist damit auch dieses Verhältnis schwieriger und volatiler geworden. Da sich in Phasen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung regelmäßig Interessenkonflikte mit den DGB-Gewerkschaften manifestieren, stellt sich die Frage nach den tiefer liegenden Ursachen, die jenseits konkreter Politiken das Verhältnis unter Druck setzen oder sogar zur Disposition stellen. In diesem Sinne wird z. B. der „Agenda 2010“ eine besondere Verantwortung für die Entkopplung von SPD und DGB-Gewerkschaften attestiert. Was aber sind die treibenden Kräfte, die das historische Bündnis modifiziert und entprivilegiert haben, und auf welchen Ebenen ist dieser Wandel zu identifizieren, zu analysieren und transparent zu machen?

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass die seit Anfang der Jahrtausendwende offensichtlichen Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften nicht nur den Konjunkturen der jeweiligen politischen Prioritäten und programmatischen Ziele geschuldet sind, wenngleich auch dies eine wichtige Rolle spielt. Vielmehr gibt es tiefer reichende Strukturverschiebungen, die sich aus der Kluft zwischen der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Mitgliederstruktur ergeben, welche eng mit einer Transformation des Parteienwettbewerbs und der Zunahme politisch-institutioneller Komplexität verkoppelt sind. Während sich die SPD von ihrer Arbeiterherkunft gelöst hat und der Anteil der anderen sozialen Gruppen unter ihren Mitgliedern und Wähler*innen ständig gestiegen ist, gelang den Gewerkschaften bislang eine entsprechend weitreichende Ausdehnung in andere soziale Milieus und Gruppen jenseits der gewerblichen Arbeiterschaft und der Staatsbeschäftigten, nur auf einem geringen Niveau.

Um die hinter den inhaltlichen Konflikten existierenden Wandlungsprozesse offenzulegen, werden in diesem Text drei Dimensionen analysiert, von denen angenommen werden kann, dass sie auf das etablierte Beziehungsmuster einwirken. Dies betrifft (a) den Wandel der sozialstrukturellen Basis der Organisationen und der organisatorischen Sozialisationsprozesse von Mitgliedern und Funktionären; (b) eine Pluralisierung und komplexe Restrukturierung des Parteienwettbewerbs, die zu einer Zunahme der Anzahl grundsätzlich sozialstaatsaffiner Parteien führen; und (c) eine wachsende Komplexität der sozioökonomischen Problemlagen und ihrer institutionel-

len Regelungsstrukturen durch globale Verflechtungen. Demnach wird von der Hypothese ausgegangen, dass sich der Beziehungswandel zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf eine vielschichtige Gemengelage an strukturellen Faktoren zurückführen lässt. Auch deshalb sind monokausale Erklärungsansätze, die vor allem auf die programmatische Entwicklung der SPD seit den 1990er Jahren abheben, als unzureichend zu betrachten.

2 Historische Konstellation einer Beziehung

Auf der politischen Ebene waren die Gewerkschaften in vielen europäischen Ländern für die sozialdemokratischen Parteien über rund eineinhalb Jahrhunderte der wichtigste Arm in die Gesellschaft hinein. Sie vermittelten nicht allein Wissen und Expertise ins politische System, sondern waren auch zur politischen Mobilisierung unerlässlich. Umgekehrt waren die sozialdemokratischen Parteien für die Gewerkschaften gewissermaßen der natürliche Ansprechpartner im politischen System. Allerdings gibt es in der Qualität dieser Beziehung sowohl im Verlauf als auch in ländervergleichender Perspektive große Unterschiede. Ausgangspunkt für die Abweichungen zwischen den Ländern sind die jeweiligen nationalen Entstehungskonstellationen der Arbeiterorganisationen und ihrer zwischenorganisatorischen Beziehungsmuster. Es lassen sich drei europäische Grundtypen unterscheiden (*Übersicht 1*).

Über viele Jahrzehnte wirkten die deutschen Gewerkschaften als informelle Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie und diese als der natürliche politische Ansprechpartner der Gewerkschaften im parlamentarischen Raum. Seither führten strukturelle Verschiebungen der jeweiligen Mitglied- und Wählerschaften und der personellen Verflechtungen zwischen beiden Organisationswelten, eine veränderte Programmatik und Wettbewerbssituation zwischen den Parteien sowie der Wandel der politisch-institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dazu, dass die wechselseitige Bezugnahme neue Formen annahm.

Zeichnet man nun die für diesen Beitrag relevanten historischen Entwicklungslinien des SPD-Gewerkschaft-Verhältnisses für die Zeit seit 1945 nach, so lassen sich sechs Phasen unterscheiden (*Übersicht 2*).

Neben den schleichenden strukturellen Verschiebungen erfolgten die wesentlichen Veränderungen in Zeit-

¹ Die Gründung einer Partei links der SPD verdeutlicht für den Heidelberger Historiker Wolfrum (2013, S. 568) den „Bruch“ zwischen SPD und Gewerkschaften und ein „Zerbrechen alter Traditionen der Arbeiterbewegung“.

ÜBERSICHT 1

Typen der Beziehung zwischen Gewerkschaften und (sozialdemokratischen) Parteien

	Britischer Typ	Romanischer Typ	Deutscher Typ
Entstehungskonstellation	Gewerkschaften gründeten sozialistische Partei	hohe Unabhängigkeit zwischen Gewerkschaft und Partei	Sozialdemokraten gründen Gewerkschaften
Zwischenorganisatorisches Beziehungsmuster	finanzieller und inhaltlicher Einfluss der Gewerkschaften auf „ihre“ Partei; Beteiligung an Führungsgremien	kommunistische/syndikalistische Gruppen dominant; sozialdemokratische Parteien für Gewerkschaften nicht bedeutend und vice versa	relative wechselseitige Unabhängigkeit bei gleichzeitiger wechselseitiger Angewiesenheit
Beispiele	Großbritannien, Skandinavien	in fast allen romanischen Ländern	Deutschland

WSI Mitteilungen

Quelle: Eigene Darstellung

spannen, während derer die SPD an der Regierung beteiligt war und der Zuwachs oder Abbau sozialstaatlicher Leistungen im Vordergrund stand.

ÜBERSICHT 2

Etappen im Verhältnis von SPD und Gewerkschaften

Jahr	SPD – Gewerkschaft in sozialdemokratischen Regierungs- und Oppositionsphasen	Zentrale Einflüsse auf und Prägungen des Verhältnisses
1945 bis 1960er Jahre	Neuordnung der Beziehung	<ul style="list-style-type: none"> – SPD Opposition, Aufbau sozialstaatlicher Leistungen – programmatische/organisatorische Transformationsprozesse in SPD und Gewerkschaften – Gewerkschaften durch Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) trotz Ablehnung der Adenauer-CDU mit Fraktion und Regierung personell verflochten
1966–1974	Gewerkschaften als politische Mitgestalter	<ul style="list-style-type: none"> – SPD als Regierungspartei – Mitgliederzustrom: 1976 über 1. Mio. Mitglieder – sozialstaatliche Expansion – Konflikte bearbeiten: „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AFA) und „Gewerkschaftsrat“ (1968) in der SPD
1974–1982	Kooperationskrise	<ul style="list-style-type: none"> – Ende des Wirtschaftsbooms – Ende der sozialstaatlichen Expansionsphase – stärkere Einbindung der Gewerkschaften scheitert – gewerkschaftliche Demonstrationen gegen Sparpolitik der SPD-geführten Regierung
1982–1998	Neue Annäherung SPD	<ul style="list-style-type: none"> – Oppositionsrolle SPD – starke Anerkennung im Berliner Programm von 1989 – Gewerkschaften unterstützen Kanzlerkandidatur Schröders, der im Wahlkampf den Vorschlag der IG Metall aufgriff, ein „Bündnis für Arbeit“ zu gründen
1998–2007	Hoffnungen und tiefe Enttäuschungen	<ul style="list-style-type: none"> – Umbau des Wohlfahrtsstaates – Spannungen trotz „Bündnis für Arbeit“ (1998–2003) und Betriebsverfassungsgesetz (2001) – Agenda 2010 (ab 2003): starker Entfremdungsprozess – einzelne Gewerkschaftsfunktionäre gründen WASG; Fusion mit PDS zur Linkspartei (2007)
2007–heute	Äquidistanz und Wiederannäherung	<ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit Regierung (Union/SPD) und Gewerkschaften in Wirtschaftskrise – Äquidistanz: Union, Grüne, SPD und Linkspartei – ab 2009 (SPD in Oppositionsrolle) allmähliche Annäherung in den Bereichen der Arbeits- und Sozialpolitik – Mindestlohn (2015), Rente mit 63, Konzertierte Aktion Pflege (2019), Weiterbildung (2019)

WSI Mitteilungen

Quelle: Eigene Darstellung

3 Zwischen konjunkturellen Zumutungen und Strukturbruch

Die Suche nach den Erklärungen für die sozialdemokratische Krise verharret zwischen der Einschätzung konjunktureller Schwächephase und eines übergeordneten Strukturbruchs. In diesem Zusammenhang wird die Globalisierung als eine zentrale Herausforderung der Sozialdemokratie beschrieben (Allern/Bale 2017; Beramendi et al. 2015; Blyth 2003; Gray 1996; Merkel 2000). James Piazza (2001) kam in seiner komparativen Vergleichsstudie zum Verhältnis zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien zu dem Ergebnis, dass die Globalisierung die Sozialdemokratie zu einem eher sozialliberalen Politikstil gezwungen habe. Die klassische Beziehung dieser beiden Akteure werde dadurch komplett „entbunden“ (*de-linked*). In der wissenschaftlichen und publizistischen Debatte herrscht Uneinigkeit hinsichtlich der Konsequenzen, die dies für die Perspektive dieses Verhältnisses hat: Haben wir es mit einer endgültigen, programmatischen und politikgenerierten Entkopplung zu tun, welche die SPD auf dem Wählermarkt flexibler agieren lässt und die Gewerkschaften zu neuen Strategien des Einflussgewinns auffordert, oder sind die Konflikte und Entkopplungsprozesse, die vor allem mit den Hartz-Gesetzen in Verbindung gebracht werden, lediglich Ausdruck eines immer schon wechselhaften Verhältnisses, das vor konjunkturellen Beziehungskrisen nicht gefeit ist?

Beobachter, die eine stärkere Distanzierung der SPD von den Gewerkschaften befürworten, sehen vetostarke Gewerkschaften als Problem auf dem Weg zu einer ökologischeren und in der gesellschaftlichen Mitte verankerten Sozialdemokratie. Zudem verlange die quantitativ abneh-

mende elektorale Bedeutung gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter auch keine weiteren Rücksichtnahmen. So wurde schon in der „Agenda-Zeit“ gemutmaßt, dass das Zerwürfnis endgültig sei, die Gewerkschaften nun „die gleiche Distanz zu allen Parteien“ hielten und sich auf außerparlamentarische Bündnisse stützen müssten (Zeuner 2000, S. 46). Andere wiederum setzten darauf, dass mit der Gründung der Linkspartei der Raum, den SPD und Grüne durch ihre Orientierung in Richtung Mitte freigemacht haben, neu besetzt werden könne. Somit bestehe perspektivisch ein neuer parlamentarischer Ansprechpartner für die Gewerkschaften (Hensche 2004). Doch solange die Linke als reine Oppositionspartei wirke, sei dies für die Gewerkschaften keine belastbare Option.

Doch neben der „Option Linkspartei“ erhielt auch die Perspektive einer „autonomen Gewerkschaftspolitik“ in den Diskursen Auftrieb, ohne dass damit eine engere Orientierung an der jeweils sozial aufgeschlosseneren Regierungspartei aufgegeben werde (Dörre 2011; Urban 2013). Gelänge es, diese Option zu entwickeln, könnte auch eine reformierte Sozialdemokratie solcherart erstarkende Gewerkschaften schon aus wahlpolitischen Gründen kaum ignorieren.

Christian Neusser (2013, S. 301f.) kommt in seiner Kasseler Dissertation zu dem Ergebnis, dass sich das System der privilegierten Partnerschaft von DGB und SPD verflüchtigte und sich stattdessen ein „dynamisches System pluralisierter Partnerschaften“ herausgebildet habe. In diesem agierten die Gewerkschaften aufgeschlossener gegenüber allen vier Sozialstaatsparteien – CDU, SPD, Grüne, Linke –, indem sie themenspezifisch ihre Interessen einbringen und mit jenen Parteien kooperieren, über die sie ihre Inhalte konkret und projektbezogen durchsetzen können. Dennoch seien nach wie vor zu den Parteien SPD und CDU die engsten Beziehungen zu erkennen (ebd., S. 294).

4 Wandlungs- und Transformationsprozesse zwischen SPD und Gewerkschaften

Um das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften zu verstehen, bedarf es einer genaueren Kenntnis der jeweiligen spezifischen Wandlungs- und Transformationsprozesse. Dabei geht es um den Spannungsbogen zwischen historisch strukturierter Prägung im Sinne des Pfadabhängigkeitsansatzes und veränderten Logiken kollektiven Handelns durch grundlegende Strukturveränderungen in den Mitgliedschaften und Umwelten der beiden Organisationen.

4.1 DGB-Gewerkschaften: Zwischen alter Milieuorganisation und moderner Service-Agentur

Die arbeitsmarktpolitische Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften (gemessen durch: Normalarbeitsverhältnisse, Lohnquote, tariflichen Deckungsgrad) setzt hohe und repräsentative Organisationsgrade voraus. Dabei geht der gewerkschaftliche Organisationsgrad (2018: ca. 13 %) nicht nur stetig zurück, es gelingt ihnen auch nur unzureichend, ihre Mitgliederstruktur an die veränderten Branchen- und Arbeitsmarktstrukturen anzupassen. Es dominieren die älteren, gewerblichen, männlichen Arbeiter, während Frauen, Angestellte oder Jugendliche weiterhin unterrepräsentiert sind. Angesichts des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, die Interessen der Mehrheit aller Beschäftigten zu vertreten, ist dieser Sachverhalt zu einem zentralen Problem geworden.

Gewerkschaften haben bislang auf diese Inkongruenz zwischen Sozial- und Mitgliederstruktur durch organisatorische Konzentration (von 16 DGB-Gewerkschaften auf acht reduziert), Rückzug aus der Fläche (unzählige regionale Grundeinheiten wurden zusammengelegt) und mit der Idee der professionalisierten Mitglieder- und Dienstleistungsorganisation reagiert. Auch nach innen führt der Reformdruck zu schlankeren, effizienteren und kostengünstigeren organisatorischen Prozessen. Schließlich suchen die Gewerkschaften seit etwa 2000 verstärkt nach einer systematischeren und effizienteren Politik der Mitgliederrekrutierung. Nach jahrelangen, zum Teil dramatischen, Mitgliederverlusten hat sich der Abschmelzprozess mittlerweile verlangsamt; einige Gewerkschaften (GEW, Polizeigewerkschaft und IG Metall) haben sogar Mitgliederzuwächse, vor allem unter jüngeren Menschen, zu verzeichnen. Mit einem „Erschließungsprojekt“ versucht die IG Metall unter Einsatz erheblicher Ressourcen, neue Wege in der Organisation von Betrieben und Beschäftigten zu gehen (Schroeder/Fuchs 2019).

4.2 Die SPD als Mitgliederpartei: Von der Arbeiter- zur postindustriellen Partei des öffentlichen Sektors

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien war die SPD schon im Kaiserreich darauf orientiert, als Massenpartei zu wirken. Dieses Vermächtnis konnte nach 1945 gleich wieder reaktiviert werden. Mit über 700 000 Mitgliedern verfügte sie bereits 1946 über eine profunde Massenbasis. Im Jahr 1976 hatte sie mit mehr als einer Million Mitgliedern ihren Höchststand erreicht. Danach verebbte der Mitgliederzustrom. Allein zwischen 1990 und 2018 ist die Mitgliederzahl der SPD um etwa 54 % (von 943 402 auf 437 754) gesunken (Niedermayer 2019, S. 319). Nach den Ergebnissen der Hannoveraner Parteienstudie war 2017 rund jedes fünfte Parteimitglied zugleich Gewerkschaftsmitglied. Das sind sieben Prozentpunkte weniger als 1998. In der SPD lag dieser Anteil mit 35 % deutlich höher; aller-

dings ist dieser Wert seit 1998 auch um zehn Prozentpunkte geschrumpft (Klein et al. 2019, S. 94).

Mit ihrem Abschied von der normativen Orientierung an der arbeiterlichen Kernpartei und der Öffnung für alle sozialen Schichten hat die Sozialdemokratie den sozialstrukturellen Wandel der Bundesrepublik in ihrer Mitgliederstruktur näherungsweise nachvollzogen. Die Gewerkschaften hingegen waren bislang nicht in der Lage, die Arbeitsmarktstruktur in der eigenen Mitgliedschaft adäquat abzubilden. Letzteres zeigt sich besonders zugespitzt im Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Zwar ist auch in den DGB-Gewerkschaften der Angestelltenanteil gewachsen, aber nicht parallel zum realen Anstieg der Angestellten unter den Beschäftigten. Einem Arbeiteranteil von etwa 50 % in den Gewerkschaften stehen etwa 10 % in der SPD gegenüber (Tabelle 1).

Trotz Öffnung zur Volkspartei verhielten sich die neu adressierten Wählergruppen lange Zeit sehr zurückhaltend gegenüber der SPD. Noch bis in die 1990er Jahre zeigt sich, dass die eindeutigste Bezugnahme zugunsten der Sozialdemokratie durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfolgte (Weßels 2000). Zugleich fällt aber auf, dass sich auch diese Gruppe immer seltener für eine Wahl der SPD entscheidet. Lag dieser Wert in den 1980er Jahren noch oberhalb der 60 %-Marke, so halbierte sich dieser Anteil bei der Wahl 2009 auf 29 % (Neu 2013, S. 10; vgl. auch Tabelle 2). Der Anteil von nur noch 23 % bei der Bundestagswahl 2017 zeigt deutlich, dass Gewerkschaftsmitglieder keine feste Bank innerhalb der sozialdemokratischen Wählerklientel mehr bilden. Vielmehr machen sie ihre Wahlentscheidung fallweise vom jeweiligen inhaltlichen und Kandidatenangebot abhängig. Bedenkt man zudem, dass dieses Segment des Elektorats keine große quantitative Bedeutung mehr hat, so ist ebenfalls offensichtlich, dass sich auf diese lange Zeit stilbildende Gruppe allein schon lange keine Wahlkampfstrategie mehr aufbauen lässt.

Wenn es nicht mehr gelingt, die Gruppe der Arbeiter und Gewerkschafter in starkem Maße erfolgreich anzusprechen, so hat dies auch Konsequenzen für das Profil und Image der Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb. Diese These gewinnt mit der Existenz von vier Sozialstaatsparteien Bedeutung. Darunter ist vor allem die Linkspartei hervorzuheben, die als Wettbewerber auch personell eng mit den Gewerkschaften verflochten ist und in stärkerem Maße im Bereich der Umverteilungssowie transferorientierten Sozialstaatspolitik egalitäre Positionen vertritt. Zugleich ist aber auch offensichtlich, dass in einer derart differenzierten, sozial und kulturell gespaltenen Arbeitnehmergesellschaft eine schlichte Re-Orientierung auf das klassische Arbeiterpotenzial für die Mehrheitsfähigkeit der SPD kaum zielführend wäre, zumal dann, wenn sich daraus eine nachhaltige Schwächung in anderen Wählersegmenten ergeben würde. Tatsächlich haben in den letzten Jahrzehnten bedeutsame Verschiebungen zwischen den Wählersegmenten stattgefunden,

TABELLE 1

Anteile der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Gesellschaft, SPD und DGB

Angaben in Prozent

		1950	1970	1980	1990	2000	2010 ^A	2014 ^A	2018 ^A
Arbeiter	Gesellschaft	48,8	47,4	42,3	37,4	33,4	25,3	20,0	16,6
	SPD	45,0	34,5	27,4	26,0	19,3		9,8	
	DGB	83,2	75,8	68,2	66,6	60,2	86,9 ^B	87,1 ^B	88,2 ^B
Angestellte	Gesellschaft	16,5	29,6	37,2	43,3	48,5	57,9	60,4	65,1
	SPD	17,0	20,6	23,4	26,6	27,8		22,7	
	DGB	10,5	14,7	21,0	23,3	28,6	– ^B	– ^B	– ^B
Beamte	Gesellschaft	4,1	5,5	8,4	8,5	6,8	5,4	5,0	4,8
	SPD	5,0	9,9	9,4	10,8	10,7		9,1	
	DGB	6,3	9,5	10,8	10,1	7,2	7,5	7,2	7,0

^A Werte ab 2010: eigene Berechnung. Die fehlenden Prozentpunkte entfallen auf die Selbstständigen.

^B Arbeiter und Angestellte werden in der DGB-Mitgliederstatistik seit 2007 zusammengefasst. In dieser Tabelle wird der zusammengefasste Wert bei den Arbeitern geführt.

Quelle: DGB 2019; Statistisches Bundesamt 2019

WSI Mitteilungen

die auch von den Gewerkschaften nicht ignoriert werden können. Vor allem hat die Bedeutung der akademisierten Angestellten auf allen Ebenen zugenommen. Sie sind es auch, die mit größerer Wahrscheinlichkeit wählen gehen und zugleich auch am ehesten bereit sind, die Partei zu wechseln. Auf der anderen Seite haben die Beschäftigten im Niedriglohnsektor in den letzten drei Jahrzehnten stark zugenommen; ebenso diejenigen mit mittleren Ab-

TABELLE 2

SPD-Anteile bei Bundestagswahlen

Angaben in Prozent

Wahl	Gesamtergebnis SPD	Arbeiter	Gewerkschaftsmitglieder	Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	Gewerkschaftlich organisierte Angestellte und Beamte
1976	42,6	55	62	68	57
1980	42,9	61	65	62	68
1983	38,2	48	57	68	46
1987	37,0	52	57	64	50
1990	33,5	56	53	58	51
1994	36,4	44	54	60	52
1998	40,9	53	60	66	58
2002	38,5	43	52	56	58
2005	34,2	36	50	54	47
2009	23,0	29	21	26	21
2013	25,7	36	43	48	39
2017	20,5	23	29	31	28/26

Quelle: Rattinger 2012; Rattinger et al. 2014; Deutscher Bundestag 2018

WSI Mitteilungen

schließen, die sich unzureichend anerkannt fühlen oder befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

4.3 Brücken zwischen SPD und Gewerkschaften?

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben sich divergent an die veränderten gesellschaftlichen und sozialstrukturellen Bedingungen angepasst. Während sich die Gewerkschaften nur langsam in die Welten der Angestellten hineindachten und diese organisierten, fand in der Sozialdemokratie, spätestens seit den 1960er Jahren, eine sichtbare Verankerung in diesen Welten statt. Vor allem stieg der Anteil von Beschäftigten aus dem öffentlichen Sektor und von Akademikern in der SPD enorm an. Wie kann angesichts der Marginalisierung von arbeiterlichen Akteuren einerseits und den eher sozial prekären Lebenslagen geringqualifizierter und ressourcenschwacher Beschäftigtengruppen andererseits eine an deren Lebenserfahrungen orientierte Politik in der Sozialdemokratie verankert werden, ohne dass sich dadurch eine Verengung auf diese Klientel und ihre Interessen als leitendes politisches Profil etabliert?

Es ist aber nicht nur die sozialstrukturelle Herausforderung, die das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie unter Druck setzt. Es sind auch die strukturellen Wandlungsprozesse der Tarifautonomie, des Arbeitsmarktes sowie des Parteienwettbewerbs. Im Ergebnis wurden die Schnittmengen kleiner; und die unterschiedlichen Herausforderungen in den jeweiligen primären Handlungsarenen können das Verhältnis zusätzlich belasten. Dies gilt umso mehr, als sich die Sozialisations- und Karrieremuster von Funktionären beider Organisationen enttraditionalisiert, professionalisiert und schließlich entkoppelt haben (vgl. Prott 2014, S. 301ff.; vgl. Borchert 2003). Herausgefordert durch starke Divergenzen stellt sich die Frage, ob überhaupt noch die Möglichkeit für belastbare Beziehungen besteht, welche durch Akteure und Strukturen geprägt werden, die nicht nur von der Gunst des Augenblicks leben. Das wiederum verweist auf die Suche nach inhaltlichen und programmatischen Gemeinsamkeiten sowie nach konkreten personellen Verflechtungen.

4.4 Programmatik

Zwischen den Einheitsgewerkschaften und der SPD besteht eine traditionell enge Beziehung, die vielfach als „privilegierte Partnerschaft“ gewürdigt wird. Im Gegensatz zur CDU/CSU spricht die SPD den Gewerkschaften eine herausragende Rolle als positiver Faktor gesellschaftlicher Integration und Gestaltung zu. Im Godesberger Programm (1959), im Berliner Programm (1989), aber auch im Hamburger Programm (2007) wird dies deutlich herausgestellt. Besonders verbindet sich dies mit der Anerkennung von Tarifautonomie und Mitbestimmung als festem Bestandteil der SPD-Regierungspolitik. Alles, was diesen Konsens

gefährdet, wird sehr sensibel wahrgenommen, so z. B. das „Schröder-Blair-Papier“ von 1999 oder eine sozialdemokratische Regierungspolitik, die auf Privatisierung, verstärkte Eigeninitiative und eine Reduktion des Staates im Sinne einer neu akzentuierten Aktivierungsstrategie setzt, nicht zuletzt auch im Bereich der „Rente ab 67“.

Die Agenda 2010 wurde seitens der Mehrheit der Gewerkschafter als eine angebotsorientierte ideologische Entkopplung von den gemeinsamen Wurzeln verstanden, womit zudem die soziale Symmetrie gefährdet werde. Die Vorsitzenden von DGB, IG Metall und ver.di warfen der rot-grünen Regierung seinerzeit sozialen Kahlschlag, Lohndumping und eine insgesamt „asoziale Politik“ vor (Wolfrum 2013, S. 567).

Während Gewerkschaften die Verteilungsgerechtigkeit favorisieren und den sozialstaatlichen Status quo verteidigten, bestand die Mehrheit der SPD-Führung darauf, dass die bestehenden Strukturen des Sozialversicherungstaates verändert werden müssten, um angesichts der demografischen, branchenbezogenen und wettbewerblichen Strukturveränderungen handlungsfähig zu bleiben. Damit wurde die Verteilungsgerechtigkeit relativiert, während Konzepte wie Teilhabe-, Chancen- oder Generationengerechtigkeit aufgewertet wurden. Vor diesem Hintergrund wuchs bei einigen Funktionären der Gewerkschaften die Bereitschaft, ein Parteiprojekt links von der SPD aktiv oder passiv zu unterstützen. Auch wenn das Zustandekommen der Partei DIE LINKE letztlich von einer Vielzahl von Zufällen getragen war, bleibt festzuhalten, dass die handelnden Akteure das *window of opportunity* nutzten, um eine kommunikative Plattform zu schaffen, die sich zum Teil an den programmatischen Positionen der beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di orientierte (Nachtwey/Spier 2007).

Die Agenda 2010 wurde so zu „eine[r] deutliche[n] Belastung, wenn nicht gar Zäsur im Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften“ (Behrens/Jacoby 2017, S. 592). Erst der SPD-Vorsitzende Kurt Beck konnte, unterstützt durch Veränderungen an der Agenda 2010 und flankiert durch das neue Hamburger Grundsatzprogramm (2007), die SPD-Politik auch emotional wieder in die Nähe gewerkschaftlicher Befindlichkeiten rücken (Neusser 2013, S. 109, 130). Besonders wichtig waren die Aktivitäten in der Phase der Weltwirtschaftskrise 2008; ebenso zeigen die 2013 von der SPD in den Koalitionsvertrag beförderten Sozialreformen, wie auch die Rente mit 63 und der Mindestlohn, eine Wiederannäherung der SPD an die Interessen der Gewerkschaften. Trotz dieser Annäherungen spricht vieles dafür, dass SPD und Gewerkschaften mittlerweile ein „entprivilegiertes Arbeitnehmerbündnis“ (ebd., S. 147) sind. Gleichwohl entwickelt sich im Zusammenspiel mit dem SPD-geführten Arbeits- und Wirtschaftsministerium – in der erneuerten dritten Großen Koalition – zwischen den Spitzen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine neue Vertrauensbasis (Schroeder/Greef 2019, S. 312).

4.5 Personelle Verflechtungen durch Mitgliedschaften

Um trotz einer sozialstrukturellen Entkopplung zwischen SPD und Gewerkschaften weiterhin gewisse Gemeinsamkeiten entwickeln zu können, sind neben programmatischen Brücken vor allem personelle Vernetzungen auf der Ebene der Funktionäre und des Spitzenpersonals wichtig. Tatsächlich konnten bestehende Divergenzen über viele Jahrzehnte durch enge persönliche und personelle Verflechtungen und gemeinsame Austauschräume relativiert werden. In der SPD wurden zu diesem Zweck Foren geschaffen, die einen regelmäßigen Austausch ermöglichen. In dem 1968 unter Willy Brandt gegründeten Gewerkschaftsrat der SPD haben Partei- und Gewerkschaftsspitzen, vor allem für Phasen des Konflikts, eine Art Clearingstelle geschaffen. An diesen Runden nehmen alle Gewerkschaftsvorsitzenden mit sozialdemokratischem Parteibuch teil, was ca. 80–90 % von ihnen haben.

Doppelmitgliedschaften können bestehende Konflikte abpuffern, aber nicht lösen. Dies gilt letztlich auch für die innergewerkschaftliche Vermittlung politischer Aushandlungsprozesse. Denn die Überbrückung der Spannung zwischen SPD-bezogener Einfluss- und Mitgliederlogik (vgl. Streeck 1987) ist besser zu legitimieren, wenn auch unter der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft ein hoher Anteil an Sozialdemokraten zu finden ist. Gewerkschafter wählen immer noch vergleichsweise häufig die SPD und sind nicht minder häufig auch Mitglieder der Partei: Umgekehrt ist etwa ein Drittel aller SPD-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert. Quantitativ betrachtet kommt die Majorität der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder aus den Verbänden des öffentlichen Dienstes. So liegt etwa der ver.di- und der GEW-Anteil unter den gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten deutlich über ihrem DGB-Anteil, während die IG Metall in der SPD deutlich unterrepräsentiert ist (Tabelle 3).

Aus der Sicht der Parlamentarier kann die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sowohl normative, politische als auch instrumentelle Gründe haben. Weder das eine noch das andere sagt allerdings etwas über die Bereitschaft und Fähigkeit aus, gewerkschaftliche Interessen im politischen Raum zu vertreten. Gleichwohl hat der hohe Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern unter sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten seitens der Unternehmensverbände immer wieder zu dem Vorwurf geführt, es handele sich bei der SPD-Bundestagsfraktion um eine „Gewerkschafts-Fraktion“ (Schmollinger 1973, S. 229). Tatsächlich aber spielen die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten weder als Adressat entsprechender Zielgruppenarbeit eine zentrale Rolle, noch sind Entscheidungen bekannt, bei denen die Bundestagsabgeordneten im Konfliktfall und als Block Interessen der Gewerkschaften gegen die Optionen der Fraktions- und Parteispitze verfolgt hätten.

Seit 1990 ist bei allen Bundestagsfraktionen mit Ausnahme der PDS/Linke ein deutlicher Rückgang des ge-

werkschaftlichen Organisationsgrads feststellbar. Die jüngere Generation der Abgeordneten setzt viel seltener als ihre Vorgänger auf das Prinzip überlappender Mitgliedschaften. Mit der Bundestagswahl 1990 sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der SPD-Fraktion von über 90 auf rund 74 %, der der CDU/CSU-Fraktion von fast 20 auf 7,5 %. Dies dürfte vor allem mit dem Einzug ostdeutscher und damit seltener gewerkschaftlich gebundener Abgeordneter in den Bundestag zu erklären sein. Diese Entwicklung relativierte sich zwischenzeitlich etwas, bevor in der 18. Legislaturperiode ein neues Allzeittief erreicht wurde: 2013–2017 waren unter den Mitgliedern der SPD-Fraktion nur noch 62 %, bei der CDU/CSU gar weniger als 3 % Gewerkschaftsmitglieder. In der 19. Legislaturperiode stieg der Anteil gewerkschaftlich organisierter SPD-Abgeordneter wieder auf 68 % an. Zugleich ging

TABELLE 3

SPD-Mitglieder und ihre Gewerkschaftszugehörigkeit^A

Angaben in Prozent

Gewerkschaft	Anteil unter den SPD-Mitgliedern		Anteil der Gewerkschaft im DGB		Differenz SPD und DGB-Anteil 2015
	2002	2015	2005	2018	
Ver.di	41,7	43,8	34,8	33,0	+10,4
IG Metall	28,9	26,3	35,1	38,0	–11,0
IG BCE	11,2	10,0	11,0	10,6	–0,7
GEW	5,8	7,7	3,7	4,7	+3,1
IG BAU	5,0	4,0	5,8	4,1	–0,5
GdP	2,0	2,2	2,6	3,2	–0,7

^A In dieser Tabelle sind nicht alle Gewerkschaften erfasst

Quelle: Neusser 2013, S. 90; DGB 2019

WSI Mitteilungen

der Gesamtorganisationsgrad, insbesondere aufgrund des Einzugs der AfD in den Bundestag, auf knapp 23 % zurück (Tabelle 4). Auch die emotionale Bindung zu den Gewerkschaften lockert sich. Vor allem bei den jüngeren Abgeordneten gibt es aufgrund fehlender Erfahrungen, anderer Herkunft und Sozialisation ein Maß an Entfremdung gegenüber den Gewerkschaften wie nie zuvor.

Schließlich gibt es eine noch deutlichere Entflechtung auf der Regierungsebene: Die jahrzehntelange Gepflogenheit, führende Gewerkschafter als Minister in Regierungen unter SPD-Führung einzubinden (vor allem für das Amt des Arbeitsministers), erfuhr erstmals 2002 eine Absage. Seither gibt es keinen Minister oder Staatssekretär auf Bundesebene mehr, der direkt aus einer Gewerkschaftsposition kommend durch die SPD in einer solchen Position eingesetzt worden wäre.

Während die SPD den Status der privilegierten Partnerschaft sukzessive verlor, entwickelte die Union, unter Angela Merkel, einen kooperativen Kurs mit den Gewerkschaftsspitzen, der mit einem programmatischen Schwenk

TABELLE 4

Gewerkschaftlich organisierte SPD-Abgeordnete im Deutschen Bundestag

Angaben in Prozent

Wahlperiode	Gewichteter Organisationsgrad unter SPD-Abgeordneten	Durchschnittlicher Organisationsgrad im Bundestag (insgesamt)	Differenz in Prozentpunkten
1949–1953	58,8	28,0	30,8
1953–1957	87,7	38,1	49,6
1957–1961	85,1	38,9	46,2
1961–1965	88,2	42,8	45,4
1965–1969	86,6	46,7	39,9
1969–1972	90,7	51,2	39,5
1972–1976	93,8	54,2	39,6
1976–1980	97,3	53,7	43,6
1980–1983	97,8	52,6	45,2
1983–1987	97,0	51,2	45,8
1987–1990	97,4	48,3	49,1
1990–1994	73,6	31,9	41,7
1994–1998	84,1	47,3	36,8
1998–2002	84,2	51,6	32,6
2002–2005	78,9	46,8	32,1
2005–2009	73,4	40,2	33,2
2009–2013	76,7	29,6	47,1
2013–2017	61,7	28,1	33,6
2017–	68,0	22,8	45,2

Quelle: Neusser 2013, S. 139; Deutscher Bundestag 2018

WSI Mitteilungen

der CDU zur Mitte zusammenfällt (vgl. z. B. Zolleis 2015, S. 81). „Vor allem die Führung der CDU, allen voran die Bundeskanzlerin, legte großen Wert darauf, die traditionell beträchtliche Distanz zwischen Unionsparteien bzw. bürgerlich-liberaler Koalition und DGB-Gewerkschaften nicht zu vergrößern, sondern für kalkulierbare Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften zu sorgen“ (Schmidt 2015, S. 405). Dennoch, so Neusser (2013, S. 187), sei die Beziehung von Gewerkschaften und CDU nach wie vor als „konfliktdominierte, begrenzt kooperative Interessenbeziehung“ zu bewerten.

Dass Kooperationen zwischen SPD und Gewerkschaften in jüngerer Zeit wieder unkomplizierter wurden, verdankt sich nicht zuletzt den Aktivitäten der Arbeitsminister*innen Andrea Nahles (2013–2017) und Hubertus Heil (ab 2018). Auch das programmatische Profil, das die Sozialdemokratie auf ihrem Berliner Parteitag 2019 durch ihre arbeits- und sozialpolitischen Beschlüsse entwickelt hat, stellt die Gemeinsamkeiten heraus. Zugleich aber ist im 34-köpfigen SPD-Vorstand kein einziger hauptamtlicher Gewerkschafter mehr vertreten. Die Epoche enger personeller Verflechtungen mit der SPD scheint der Ver-

gangenheit anzugehören. Dass Zusammenarbeit auf Regierungsebene als projektförmige Kooperation machbar ist, auch wenn sie nicht konfliktfrei verläuft, zeigt der Fall des Mindestlohns.

5 Fazit und Ausblick

Ursprünglich war die SPD eine eng mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften verflochtene Klassenpartei, die sich für die Transformation des Kapitalismus engagierte. Mit der Ausdifferenzierung dieses Wirtschaftssystems, im Kontext einer staatlich-demokratischen Einbettung, konzentrierte sich die Sozialdemokratie auf dessen Zähmung und soziale Umgestaltung und öffnete sich seit 1959 als Volkspartei für alle gesellschaftlichen Gruppen. Gleichwohl blieben die facharbeiterliche Basis und die enge Bindung an die Gewerkschaften über lange Zeit ihr „Markenkern“. Aber auch dies änderte sich seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre grundlegend.

Die Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften hat sich fortan mehrfach deutlich gewandelt, besonders nachhaltig in der zweiten Hälfte der rot-grünen Regierungsphase. Seither sind die programmatischen und personellen Schnittstellen reduziert, komplizierter, emotional schwächer und weniger verbindlich geworden. Die im Zeitverlauf gewachsene Distanz lässt sich nicht allein auf zyklisch-konjunkturelle Schwankungen zurückführen, wie es sie immer wieder mal gab, insbesondere in Abhängigkeit davon, ob sich die SPD in der Opposition oder in Regierungsverantwortung befand. Vielmehr sind dafür – neben auseinanderdriftenden sozialstrukturellen Entwicklungen – eine weniger konturierte und zugleich pluralistischer gewordene Parteienkonkurrenz von mittlerweile vier Sozialstaatsparteien sowie ein stark gewachsenes Maß an institutioneller Komplexität, das in den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Arenen existiert, verantwortlich. Hinzu kommen offensichtliche Prozesse der Enttraditionalisierung und Entprivilegierung, die sich während der „Agenda-Zeit“ besonders zuspitzten, ohne dass sie damit einen Endpunkt fanden. Auch Behrens und Jacoby (2017, S. 595) konstatieren zwar „vielfältige Spannungen und strukturelle Verwerfungen“, die jedoch, so die Autoren weiter, keinesfalls „zu einer tief greifenden Entkoppelung von SPD und den Gewerkschaften“ geführt hätten. Künftig ist weder ein „Zurück zu alten Zeiten“ noch eine endgültige Entkopplung und Gleichstellung der Beziehungen mit anderen Parteien bzw. Interessengruppen erwartbar. Zwar existieren nach wie vor geteilte Deutungen und Konsensreserven über einzelne *policies*. Zudem besteht auch eine geteilte Erinnerung über 150 Jahre Geschichte als politischer und gesellschaftlicher Arm der Arbeiterbewegung; gleichwohl ist dies alles für die

Zukunft keine hinreichend belastbare strategische Basis für eine engere Bezugnahme. Eingangs wurde erläutert, dass das deutsche Modell der Beziehung von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften zwischen romanischem und britischem Typ angesiedelt ist. Paradoxe Weise hat sich dies erhalten, wenngleich die politische Bedeutung der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern gesunken ist. Im deutschen Fall besteht die Logik einer Unabhängigkeit bei gleichzeitiger, wenngleich reduzierter wechselseitiger politischer Angewiesenheit fort. ■

LITERATUR

- Allern, E. H. / Bale, T.** (Hrsg.) (2017): *Left-of-Centre Parties and Trade Unions in the Twenty-First Century*, Oxford
- Behrens, M. / Jacoby, W.** (2017): Ungleiche Zwillinge: Gewerkschafter in der SPD, in: *WSI-Mitteilungen* 70 (8), S. 587–596, https://www.wsi.de/data/wsi/mit_2017_08_behrens.pdf
- Beramendi, P. / Häusermann, S. / Kitschelt, H. / Kriesi, H.** (Hrsg.) (2015): *The Politics of Advanced Capitalism*, Cambridge
- Blyth, M.** (2003): Globalization and the Limits of Democratic Choice. Social Democracy and the Rise of Political Cartelization, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3/2003, S. 60–82
- Borchert, J.** (2003): *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*, Frankfurt a. M. / New York
- Deutscher Bundestag** (2018): *Das Datenhandbuch des Bundestages*, <https://www.bundestag.de/datenhandbuch> (letzter Zugriff: 20.01.2020)
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)** (2019): *DGB-Mitgliederzahlen ab 2010*, <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2010> (letzter Zugriff: 20.01.2020)
- Dörre, K.** (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation, in: Haipeter, T. / Dörre, K. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*, Wiesbaden, S. 267–301
- Gray, J.** (1996): *After Social Democracy. Politics, Capitalism and the Common Life*, London
- Hensche, D.** (2004): Jenseits der SPD. Protestbewegung oder neue Partei?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48 (5), S. 561–566
- Klein, M. / Becker, P. / Czeczinski, Y. / Schmidt B. / Springer F.** (2019): Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1/2019, S. 81–98
- Lösche, P. / Walter, F.** (1992): *Die SPD. Klassenpartei. Volkspartei. Quotenpartei*, Darmstadt
- Merkel, W.** (2000): Zwischen Globalisierung und Individualisierung. Die Antworten der Sozialdemokratie, in: Lutz, D. (Hrsg.): *Weltpolitik zwischen Nationalstaatlichkeit und Globalisierung*, Baden-Baden, S. 279–299
- Nachtwey, O. / Spier, T.** (2007): Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier, T. / Butzlaff, F. / Micus, M. / Walter, F. (Hrsg.): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden, S. 13–69
- Neu, V.** (2013): Bundestagswahl in Deutschland am 22. September 2013. Wahlanalyse endgültiges Wahlergebnis, Berlin 2013, https://www.kas.de/wfi/doc/kas_35530-544-1-30.pdf (letzter Zugriff: 21.07.2016)
- Neusser, C.** (2013): *Pluralisierte Partnerschaften. Über den Wandel der Parteien-Gewerkschafts-Beziehungen*, Berlin
- Niedermayer, O.** (2015): Parteimitgliedschaften im Jahre 2018, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2/2019, S. 385–410
- Niedermayer, O.** (2015): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25, Berlin, <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsch/schriften/Arbeitshefte/AH-OSZ25.docx> (letzter Zugriff: 21.07.2016)
- Piazza, J.** (2001): De-linking Labor. Labor Unions and Social Democratic Parties under Globalization, in: *Party Politics* 7 (4), S. 413–435
- Prott, J.** (2014): Funktionäre in den Gewerkschaften, in: Schroeder, W. (Hrsg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*, Wiesbaden, S. 283–307
- Rattinger, H.** (2012): Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLES 2009), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5302 Datenfile Version 6.0.0, doi:10.4232/1.11373
- Rattinger, H. / Roßteutscher, S. / Weßels, B. / Wolf, C.** (2014): Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation) (GLES2013). GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5702 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12064
- Schmidt, M. G.** (2015): Die Sozialpolitik der CDU/CSU-FDP-Koalition von 2009 bis 2013, in: Zohlnhöfer, R. / Saalfeld, Th. (Hrsg.): *Politik im Schatten der Krise*, Wiesbaden, S. 397–426
- Schmollinger, H. W.** (1973): Gewerkschafter in der SPD – Eine Fallstudie, in: Dittberner, J. / Ebbinghausen, R. (Hrsg.): *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen, S. 229–274
- Schneider, M.** (1994): Darstellung zur Geschichte des Bündnisses von SPD und Gewerkschaften, in: Langkau, J. / Matthöfer, H. / Schneider, M. (Hrsg.): *SPD und Gewerkschaften – Zur Geschichte eines Bündnisses*, Bd. 1, Bonn, S. 12–74
- Schönhoven, K.** (2004): Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Historische Aspekte einer schwierigen Partnerschaft, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 54 (6), S. 321–327
- Schroeder, W.** (1992): *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft*, Bonn
- Schroeder, W.** (2017): Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Was bringt sie auseinander – was zusammen?, in: Croissant, A. / Kneip, S. / Petring, A. (Hrsg.): *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel*, Wiesbaden, S. 697–720
- Schroeder, W. / Fuchs, S.** (2019): Neue Mitglieder für die Gewerkschaften. Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall. Otto-Brenner-Stiftung: OBS-Arbeitsheft 97, Frankfurt
- Schroeder, W. / Greef, S.** (2019): Stabilisierung der Sozialpartnerschaft in der dritten Großen Koalition (2013 bis 2017)?, in: Zohlnhöfer, R. / Saalfeld, Th. (Hrsg.): *Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017*, Wiesbaden, S. 291–315
- Statistisches Bundesamt** (2019): *Erwerbstätige: Deutschland, Jahre, Stellung im Beruf, Geschlecht*, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (letzter Zugriff: 20.01.2020)
- Streeck, W.** (1987): Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (3), S. 471–495
- Urban, H.** (2013): *Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus*, Hamburg
- Weßels, B.** (2000): Gruppenbindungen und Wahlverhalten – 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik, in: Klein, M. / Jagodzinski, W. / Mochmann, E. / Ohr, D. (Hrsg.): *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden, S. 129–158
- Wolfrum, E.** (2013): *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München
- Zeuner, B.** (2000): Gewerkschaften 2000 – politisch auf sich gestellt? Sechs Beziehungsmuster zur SPD, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 50 (1), S. 40–46
- Zolleis, U.** (2015): Auf die Kanzlerin kommt es an. Die CDU unter Angela Merkel, in: Zohlnhöfer, R. / Saalfeld, Th. (Hrsg.): *Politik im Schatten der Krise*, Wiesbaden, S. 73–91

AUTOR

WOLFGANG SCHROEDER, Prof. Dr., lehrt Politikwissenschaft an der Universität Kassel und ist Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Forschungsschwerpunkte: Parteien-, Gewerkschafts- und Wohlfahrtsstaatsforschung.

@ wolfgang.schroeder@uni-kassel.de